



EU-Wahl
Was tun Sie denn in
Brüssel, Frau Verheyen?

Politik



Von Veganern bis Kritikern
Zehn ausgefallene
Optionen für Europa

Meinung & Blickpunkt



Karl-Heinz Schnellinger
Der DFB trauert um seine
Legende aus Düren

Sport

Nummer 117

Stadt Aachen und Städteregion

2,20 Euro

AACHEN

Neues Leben auf der Conti-Brache

Das Firmengelände des Reifenherstellers Continental ist – zusammen mit dem Hutchinson-Gelände – die wichtigste Industriebrache in Aachen. Zum 1. Juli dieses Jahres wird sie an die Landmarken-Gruppe übergeben. Die hat dort Großes vor. Es geht um nicht weniger als neues Leben für den Stadtteil Rothe Erde. Noch ist von der neuen Arbeitswelt auf dem Continental-Gelände im Aachener Stadtteil Rothe Erde nichts zu sehen. Hinter den Kulissen hat diese allerdings längst begonnen.

> Lokales

WETTER



19° max
Tag

10° min
Nacht

> Bunte Seite

Aktuelle Nachrichten aus der
Region jederzeit online unter
aachener-zeitung.de

KURZ NOTIERT

Bayer: Wirtz fit für das Europa-League-Finale

DUBLIN Bayer Leverkusen kann mit Florian Wirtz (21) in das Europa-League-Finale an diesem Mittwoch in Dublin gegen Atalanta Bergamo (21 Uhr/RTL) gehen – und voraussichtlich auch von Anfang an. „Er wird topfit sein“, sagte Sportchef Simon Rolfes am Dienstag. „Und wir brauchen ihn auch. Er ist ein Unterschiedsspieler, der alle begeistert. Auch die neutralen Fans.“ Somit sollte es vorbehaltlich eines Rückschlags auch keine Bedenken bezüglich der EM geben. Wirtz, der gerade zum „Bundesliga-Spieler der Saison“ gekürt wurde, hatte im Spiel bei Borussia Dortmund am 21. April einen Schlag auf den Oberschenkel abbekommen, der ihn seitdem einschränkte. (dpa) > Sport

EU nutzt Gelder aus Russland für Ukraine

BRÜSSEL Die EU wird künftig milliardenschwere Zinserträge aus eingefrorenem Vermögen der russischen Zentralbank zur Finanzierung von Militärhilfen für die Ukraine nutzen. Minister aus den EU-Staaten trafen dafür am Dienstag in Brüssel die notwendigen Entscheidungen. Eine politische Verständigung auf das Vorgehen hatte es bereits vor knapp zwei Wochen gegeben. Allein dieses Jahr sollen bis zu drei Milliarden Euro für die Ukraine zusammenkommen. (dpa)

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr, Sa. 7.30-12 Uhr
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0
🕒 Mo.-Fr. 8.00-17 Uhr
www.aachener-zeitung.de/kontakt



4 194121 102203

75 JAHRE GRUNDGESETZ

Gewappnet für die Zukunft

Foto: Adibestock, Montage: MHA

„Ich halte es für unwahrscheinlich, dass unter diesem Verfassungssystem eine Diktatur zustande kommt“, sagt RWTH Politologe Jared Sonnicksen anlässlich des 75. Geburtstages des Grundgesetzes. Aber er fügt hinzu: „Es wäre töricht zu glauben, dass das unmöglich ist.“ > Region & NRW

Mehr politisch motivierte Gewalt

Mehr Kriege und Krisen führen zu mehr politischer Gewalt. Der Gazakrieg hat zum massiven Anstieg antisemitischer Straftaten geführt. Die meisten Delikte kommen aus der rechten Ecke.

VON MEY DUDIN

BERLIN Die Straftaten werden von Rechten begangen, von Linken, von Islamisten, von Umweltaktivisten und von Judenhassern: Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Delikte mit politischem Hintergrund in Deutschland auf einen neuen Höchststand gestiegen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte am Dienstag in Berlin bei der Vorstellung der Fallzahlen für die Politisch Motivierte Kriminalität 2023: „Die Täter feiern sich für ihren Kampf gegen ein System, das sie verachten. Doch sie sind und bleiben stumpfe Gewalttäter.“

Insgesamt wurden mehr als 60.000 Straftaten registriert – 1,89 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. „Das sind Taten, die sich gegen unsere offene und freiheitliche Gesellschaft richten“, betonte Faeser. „Diejenigen, die in unserer Gesellschaft Wut und Hass säen, sind lauter geworden.“ Zugleich verwies sie auf eine „Eskalation der politischen Aggression mit immer stärkeren Einschüchterungsversuchen“ gegen politisch und ehrenamtlich Engagierte. Sie sprach sich für „schnelle Verfahren mit spürbaren Konsequenzen“ aus.

Mit fast 29.000 Taten wurden

rechtsextremistisch motivierte Fälle erneut am häufigsten gezählt. Das entspricht einer Zunahme um gut 23 Prozent im Vergleich zu 2022. Durch rechtsextreme Gewalt seien im vergangenen Jahr 714 Verletzte zu beklagen gewesen, heißt es. „In keinem anderen Bereich ist die Opferzahl so hoch“, betonte Faeser. Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, fügte hinzu, Rechtsextremismus sei und bleibe damit die größte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Auch die Zahl der linksextremistisch motivierten Taten stieg. Hier stellten die Ermittler ein Plus von 11,5 Prozent von 6976 im Jahr 2022 auf 7777 fest. Faeser nannte als jüngeres Beispiel den mutmaßlich linksextremistischen Brandanschlag auf das Stromnetz in Brandenburg an der Havel, der das Tesla-Werk und ganze Ortschaften vom Strom abgeschnitten habe. Das habe gezeigt: „Linksextremisten schrecken selbst vor schweren Eingriffen in unsere Energieinfrastruktur nicht zurück.“ Anfang März hatten unbekannt

te Täter Feuer an einem Strommast gelegt, der Teil der Stromversorgung des Werks des US-Elektroautobauers Tesla in Grünheide war. Wenn in lebenswichtigen Bereichen wie in der Medizin oder der Pflege der Strom ausfalle, könne das lebensgefährlich sein, fügte die Ministerin hinzu.

Die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger nahm deutlich um 29 Prozent zu. Faeser sagte, vor allem am rechten Rand werde „ein Klima der Gewalt“ geschürt. Sie verwies auf den Angriff gegen den sächsischen

SPD-Europaabgeordneten Mathias Ecke, der in Dresden beim Anbringen von Wahlplakaten krankenhaureif geschlagen worden war. Die mutmaßlichen Täter sollen Verbindungen ins rechtsextreme Milieu haben.

Eine deutliche Veränderung ist seit der Eskalation in Nahost messbar: Mit 5164 Fällen (davon 148 Gewalttaten) wurde bei den jüdenfeindlichen Straftaten 2023 ein neuer Höchststand erreicht. Das bedeutet einen Anstieg um 95 Prozent, denn im Vor-

jahr waren es noch 2641 Fälle. Allein 53 Prozent der im 2023 erfassten Taten seien nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel Anfang Oktober verübt worden. Faeser sagte: „Der 7. Oktober 2023 war für Jüdinnen und Juden eine tiefe Zäsur, leider auch in Deutschland.“

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) warf Faeser in dem Zusammenhang vor, „viel zu halbherzig“ gegen Islamisten vorzugehen. „Vom radikalen Islamismus geht eine immer größere Eskalationsgefahr aus, gerade gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern“, sagte er unserer Zeitung. Die Zahl der antisemitischen Straftaten habe sich im vergangenen Jahr fast verdoppelt. „Das ist nicht nur eine erschreckende Bilanz, sondern auch ein klarer Arbeitsauftrag an die Bundesinnenministerin: Islamisten müssen noch deutlich konsequenter bekämpft werden!“

Kritik, wonach die Polizeistatistik zu ungenau ist oder nur ein kleines Feld beleuchtet, wies Faeser und Münch zurück. „Wir wollen schnell handlungsfähig sein“, sagte Münch. Straftaten würden mit dem Ziel, Entwicklungen zu erkennen und darauf reagieren zu können, so früh wie möglich erfasst. > Meinung

„Diejenigen, die in unserer Gesellschaft Wut und Hass säen, sind lauter geworden.“

Nancy Faeser,
Innenministerin (SPD)

Sensationeller Erfolg für Conterganopfer am OVG

Die Conterganstiftung mache es Geschädigten unnötig schwer, urteilen die Richter und korrigieren damit ihre eigene Einschätzung.

VON CLAUDIA SCHWEDA

AACHEN Nach Meinung der Richter am OVG hat die Conterganstiftung gegen das eigens bei ihrer Gründung 1972 erlassene Stiftungsgesetz verstoßen. Und das gleich doppelt: Der strenge Maßstab, der für eine Anerkennung eines Contergan Schadens angelegt werde, müsse gesenkt werden, und das Begutachtungsverfahren durch die medizinische Kommission genüge nicht den gesetzlichen Anforderungen. In vergleichbaren Fällen könne die Stiftung dazu verpflichtet werden, Anträge auf Leistungen für Fehlbildungen durch Contergan erneut zu prüfen, urteilte das OVG (Az. 16 A 1884/22). Die Conterganstiftung hat Revision vor dem

Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingelegt (Az. 5 C 2/24).

Im OVG-Verfahren wurde deutlich, dass das Vorgehen der medizinischen Kommission im verhandelten Einzelfall durchaus typisch ist und so auch öffentlich von der Stiftung beschrieben wurde. Demnach entscheidet seit einer Umstellung des Anerkennungsverfahrens im Jahr 2004 der Vorsitzende der Kommission – ein Jurist – allein, welche ärztlichen Gutachten eingeholt werden. Liegen sie vor, schreibt er schließlich wiederum allein eine Empfehlung für den Stiftungsvorstand. Dieses Verfahren ist laut OVG gesetzeswidrig. Das Conterganstiftungsgesetz sei so zu verstehen, dass eine Kommission aus medizinischen Sachverständigen verschiedener Fachbereiche sowie dem

Vorsitzenden gemeinsam entscheiden müsse. „Dieses Verfahren wurde im Fall des Klägers nicht eingehalten“, heißt es im Urteil. Nur acht von 22 Mitgliedern der medizinischen Kommission seien getrennt voneinander mit dem Fall befasst gewesen.

Die Beweiserleichterung

Noch heute gehen pro Jahr mehr als 30 Erstanträge von möglicherweise Betroffenen ein, da viele von ihnen zuvor nicht wussten, dass Contergan Schäden nicht nur dem gemeinhin bekannten Bild der verkürzten Gliedmaßen entsprechen. Verhandelt wurde über den Fall eines 1961 geborenen Mannes, dessen Mutter während der Schwangerschaft Contergan genommen hatte. Sein Antrag bei der Con-

terganstiftung von 2011 war 2017 abgelehnt worden, weil seine Schädigungen nicht mit „hinreichender Wahrscheinlichkeit“ auf Contergan zurückzuführen seien.

Die OVG-Richter urteilten, dass dieser strenge Beweismaßstab – es muss mehr für als gegen einen Zusammenhang der Fehlbildungen mit der Einnahme von Contergan durch die schwangere Mutter sprechen – der Intention des historischen Gesetzgebers widerspreche. Sie folgten damit der Argumentation der Anwältin des Klägers, Karin Buder. Sie hatte die Begründung zum Entwurf des Stiftungsgesetzes von vor 54 Jahren vorgelegt. Mit Blick darauf genügt in den Augen des OVG, wenn eine Conterganeinnahme der Mutter ernsthaft in Betracht komme und ebenso wahr-

AZ-Redakteure für den „Stern“-Preis nominiert

AACHEN Die Berichterstattung unserer Redakteure Oliver Schmetz und Marlon Gego zum Missbrauch im Bistum Aachen ist einer von drei für den „Stern“-Preis nominierten Beiträgen in der Kategorie „Lokales“. Das teilte der Verlag Gruner + Jahr, in dem das Magazin „Stern“ erscheint, am Dienstag mit. Welcher der drei nominierten Beiträge mit dem Preis ausgezeichnet wird, soll bei der Verleihung am 12. Juni in Hamburg bekanntgegeben werden.

In mehreren Berichten nannten Schmetz und Gego erstmals die Namen von fast 20 Priestern aus dem Bistum Aachen, die des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen beschuldigt werden. Die meisten Beiträge erzählen die Geschichten von Tätern und deren Opfern, was es in deutschen Zeitungen in dieser Form bislang nicht gegeben hatte.

Aachens Bischof Helmut Dieringer veröffentlichte im Zuge unserer Berichterstattung als erster deutscher Bischof eine Liste mit 53 Namen von mutmaßlichen Missbrauchstätern, die im Dienst des Bistums Aachen standen. Vergangene Woche wurden die ersten drei Klagen von Missbrauchsoffern gegen das Bistum am Landgericht Aachen verhandelt.

Daneben sind Berichte des „Hamburger Abendblatts“ und der „Südwester Presse“ nominiert. Der „Stern“-Preis zählt zu den renommiertesten deutschsprachigen Auszeichnungen für Journalisten. (red)

Reichsbürger: Viele Anträge zum Prozessaufakt

FRANKFURT AM MAIN Knapp anderthalb Jahre nach der Aufdeckung hat vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main am Dienstag der Prozess gegen die mutmaßlichen Köpfe des sogenannten Reichsbürgernetzwerks begonnen. Die Verhandlung startete mit rund einstündiger Verzögerung und einer Flut von angekündigten Anträgen der Verteidigung. Angeklagt sind neun Menschen um Heinrich XIII. Prinz Reuß. Die meisten von ihnen müssen sich wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens verantworten. (afp)

> Meinung und Blickpunkt